



Das ganz große Besteck



Foto: Ed Koch

Wenn man für eine Pressekonferenz vier Einladungen bekommt,

- vom CDU Landesverband Berlin
- vom SPD Landesverband Berlin
- von der CDU-Fraktion des Abgeordnetenhauses und
- von der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses,

und als Teilnehmende angekündigt werden,

- der Regierende Bürgermeister und CDU-Landesvorsitzende, **Kai Wegner**
- die SPD-Landesvorsitzenden **Nicola Böcker-Giannini** und **Martin Hikel**
- der CDU-Fraktionsvorsitzende **Dirk Stettner**
- der SPD-Fraktionsvorsitzende **Raed Saleh**
- der Bürgermeister und Senator für Finanzen, **Stefan Evers**
- die Bürgermeisterin und Senatorin für Wirtschaft, Energie und Betriebe, **Franziska Giffey**,

dann muss es wirklich wichtig sein. Ist es auch. Es geht um Kürzungen im Haushalt von drei Milliarden Euro.

Lassen Sie uns zu Beginn eine Lanze für den Senat und der ihn tragenden Koalition aus CDU und SPD brechen. Keinem der Protagonisten macht es Spaß, Kürzungen und damit Leistungen für die Bürger verkünden zu müssen. Im Wesen eines Politikers liegt es, Wohltaten zu verteilen. Diese Zeit ist vorbei, das wurde in den 90 Minuten der Pressekonferenz im Abgeordnetenhaus deutlich. Es wird auch künftig nicht mehr Geld geben, wir werden uns mit dem begnügen müssen, was wir haben. Immerhin 400 Milliarden Euro, den größten Haushalt ever.

Der Koalition ist es gelungen, auf drei Milliarden geplanter Mehrausgaben zu verzichten. Etwas genüss-

lich wies **Kai Wegner** darauf hin, dass an dieser Frage, und in gleicher Höhe, die Bundes-Ampel-Koalition gescheitert sei. In Berlin betonten die Spitzen von Partei und Fraktion der Koalition, seien die Verhandlungen geräuschlos und ohne Streit erfolgt.

Sicherheit und sozialer Zusammenhalt hätten bei den Verhandlungen oberste Priorität gehabt. „Die soziale Stadt bleibe erhalten“, sagte die SPD-Vorsitzende **Nicola Böcker-Giannini** und ihr Co-Vorsitzender **Martin Hikel** sprach sogar von einem „wichtigen Meilenstein.“ Die Funktionsfähigkeit der Stadt bleibe erhalten, und sowohl CDU-Fraktionschef **Dirk Stettner** als auch Finanzsenator **Stefan Evers** wiesen darauf hin, dass es keinen **Personalabbau geben werde**. Stettner bot der Opposition Sondersitzungen des Haushaltsausschusses an, um über die Kürzungen zu beraten. Ob sich dadurch noch Veränderungen ergeben könnten, ließ er offen.

Die Aufgabe von Politik sei es, so SPD-Fraktionschef **Raed Saleh**, für Stabilität, Ruhe und Sicherheit zu sorgen. Es gäbe durch die Kürzungen keinen sozialen Kahlschlag, so Saleh. Wirtschaftssenatorin **Franziska Giffey** wies in ihrem Statement darauf hin, dass eine Milliarde Euro durch die Erhöhung von Einnahmen erzielt wurden. Das 29-Euro-Ticket wurde allerdings auf dem Altar der anderen Wohltaten, wie kostenlosem Schülerticket, Hort oder Schulesen geopfert. Das Sozialticket bleibe erhalten, auch wenn es von neun auf 19 Euro ansteigen wird. **Wer ein Abo für das 29-Euro-Ticket abgeschlossen hat, kann es so lange nutzen, bis der Zeitraum von einem Jahr verstrichen ist. Neue Tickets werden nicht mehr ausgestellt, ab wann, ist offen. Noch kann also das Abo abgeschlossen werden, was ein heißer Tipp für Schnellentschlossene wäre.**

Für Finanzsenator **Stefan Evers** ist heute der Tag der Wahrheit. Er sei stolz auf die Leistung der Koalition, auch wenn ihn viele Beschlüsse schmerzen. Die Mentalität der letzten Jahre, immer mehr Geld auszugeben, muss sich ändern, so Evers. Natürlich gibt es auch kleine Tricks, so zum Beispiel bei der Anschaffung der E-Busse für die BVG. Die benötigten 95 Millionen Euro werden kreditfinanziert. Auch wenn im Bereich Digitalisierung gespart werden müsse, bliebe immer noch genug übrig, sagt der Regierende. „Die Digitalisierung wird nicht am fehlenden Geld scheitern.“, so Evers.

Die wichtigste Botschaft der Pressekonferenz wurde eher nebensächlich erwähnt: **Die Bezirke sind von den Kürzungen ausgenommen.** Lassen Sie sich also nicht von ihrem Bezirksamt etwas anderes erzählen.



Natürlich sind nicht alle so zufrieden mit den Kürzungsbeschlüssen, wie die Koalition. Der **DEHOGA Berlin** zeigt sich enttäuscht über die Entscheidung zur Erhöhung der Übernachtungssteuer (City Tax) auf 7,5 % und sieht die Wettbewerbsfähigkeit Berlins als Tourismus- und Kongressstandort gefährdet. „In einer Zeit, in der die Branche immer noch die Auswirkungen der Pandemie und anderer Krisen spürt, setzt diese Maßnahme das falsche Signal.“, erklärt **Gerrit Buchhorn**, Hauptgeschäftsführer des DEHOGA Berlin. „Wir rufen den Senat dazu auf, Maßnahmen zu ergreifen, die den Tourismusstandort Berlin stärken, anstatt ihn zu belasten“, appelliert Buchhorn. Der DEHOGA Berlin und andere Verbände haben mehrfach angeboten, gemeinsam an Lösungen zu arbeiten.

Der **Landesjugendring Berlin** beklagt: *Koalition pfeift auf junge Menschen. Sieben Millionen Euro weniger für Kinder und Jugendliche: Die extremen Kürzungen der Koalition bei der Jugendarbeit zeigen, wie unwichtig junge Menschen in Berlin geworden sind. Eigentlich wollte die Koalition eine Jugendstrategie umsetzen. Die massiven Kürzungen beweisen nun das Gegenteil.*

„Es ist absolut unverständlich, dass Anwohner-Parkausweise weiterhin 10,20 Euro im Jahr kosten, die Angebote für Jugendliche aber zusammengestrichen werden.“, sagt **Lena Kiefer**, Vorsitzende des Landesjugendring Berlin. „All die Sonntagsreden darüber, wie wichtig die Jugend sei, kann sich die Berliner Koalition sparen. Mit den Haushaltsentscheidungen wird deutlich, dass junge Menschen der Berliner Landespolitik herzlich egal sind.“

Besonders schmerzhaft für Jugendverbände sind die Kürzungen im Bereich der Jugendarbeit und der politischen Bildung: „Hier brechen wichtige Angebote der politischen Bildung und der Demokratieförderung weg. Diese Entscheidungen sind absolut kontraproduktiv, wenn man gleichzeitig beklagt, dass junge Menschen das Vertrauen in die Politik verlieren. Das ist dann kein Wunder mehr“, so Kiefer.

Auch die freien Träger der Jugendarbeit trifft es hart: Hier sollen Tarifsteigerungen für die Angestellten wohl nicht weiter finanziert werden. Viele von ihnen werden Mitarbeitenden kündigen müssen, um verbliebene Angestellte weiterhin tarifgerecht bezahlen zu können. Auch diese Dynamik führt zu weniger Angeboten für Kinder und Jugendliche in Berlin.

Der **Bund für Umwelt und Natur** beklagt die radikalen Kürzungen bis 40 Prozent bei Umwelt- und

Klimaschutzvorhaben. *Keine Erhöhung bei Parkgebühren und Anwohnenden-Parkausweisen, keine Verpackungssteuer, kein Entnahmeentgelt für Oberflächenwasser, keine Änderung der Wassergebühren. Im Rahmen ihrer Haushaltskürzungen lässt die Koalition jährliche Einnahmepotenziale liegen, die leicht einen dreistelligen Millionenbetrag pro Jahr erreichen könnten. All diese Steuern, Abgaben und Gebühren könnten dabei eine erhebliche Lenkungswirkung für Umwelt, Klima und Ressourcen erzielen – hätten also nicht nur einen hohen fiskalischen Nutzen. Offensichtlich messen CDU und SPD dem Schutz der Lebensgrundlagen der Menschheit eine niedrige Priorität zu. Die Systematik der Haushaltskürzungen lässt für den BUND Berlin keinen anderen Schluss zu.*

Zu den Sparbeschlüssen von Schwarz-Rot erklären die Fraktionsvorsitzenden der Grünen **Bettina Jarasch** und **Werner Graf**: „Schwarz-Rot macht Politik gegen die Menschen: Alle, die in Berlin unterwegs sind, werden die Sparbeschlüsse von Schwarz-Rot besonders bitter zu spüren bekommen. Mit der Verdopplung des Sozialtickets werden die Ärmsten am härtesten getroffen. Der ÖPNV wird kaputtgespart und Klimaschutz findet nicht mehr statt. Das Versprechen der funktionierenden Stadt wurde leichtfertig aufgegeben.“

Die Verkehrswende wird gestoppt: Eine Stadt ohne funktionierenden ÖPNV ist eine Stadt, die nicht funktioniert. Die Mittel für den ÖPNV werden mitten in der BVG-Krise massiv gekürzt. Beim Sozialen wird gekürzt: Das Sozialticket wird mehr als verdoppelt (19 statt 9 €). Das betrifft 200.000 Berlinerinnen und Berliner. Der Klimaschutz bleibt auf der Strecke: Am Anfang hieß es noch von Wegner und Giffey, man wolle 5-10 Milliarden mehr für den Klimaschutz über ein Sondervermögen finanzieren. Versprechen gebrochen: Nun wird auch noch das, was vom Klima- und Umweltschutz übrig war, um über 20 Prozent gekürzt. Sparen auf Kosten der Zukunft.

400 Milliarden Euro ist scheinbar eine große Summe, in der aber auch alle Personalkosten enthalten sind. Die Spielräume werden immer kleiner. Geschenke und Wohltaten wird es nicht mehr geben. Womit machen die Parteien dann Wahlkampf, wenn sie nichts mehr versprechen können? Die Bürger sollten sich bei jedem Versprechen vorrechnen lassen, wie es finanziert werden kann. In den nächsten Tagen wird noch hektisch diskutiert, was gut ist, aber dann geht's weiter. Untergehen wird Berlin nicht.

Ed Koch